

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 168.

Neuenbürg, Donnerstag den 22. Juli 1920.

78. Jahrgang.

Deutschland.

Berlin, 21. Juli. In der gestern spät abends begonnenen Sitzung des Reichstagsausschusses für auswärtige Angelegenheiten erklärte sich nach einem kurzen Referat des Außenministers Dr. Simons der Sozialdemokrat Bernstein und der Unabhängige Lebebour im großen und ganzen mit der Haltung der deutschen Delegation einverstanden. Nur demängelten beide die Hinzuziehung von Stinnes als Sachverständigen bei dem Schutz des Bergbaues. Minister Dr. Simons entgegnete, daß gerade die Fraktionen keinen Zweifel darüber gelassen hätten, daß sie Verhandlungen über die Kohlenangelegenheit, bei denen der Stinnes als der berufenste Repräsentant über Kohlenangelegenheiten noch nie mitgewirkt hätte, absolut nicht als vollwertig ansehen würden. Für die Deutschnationalen sprach Dr. Defferich, der eine Reihe von Einwendungen gegen die Abmachungen von Spa hatte. Die Regierungsparteien werden erst in der heute abend stattfindenden zweiten Sitzung des Ausschusses zu Worte kommen.

Berlin, 21. Juli. Der Reichspräsident erläßt eine offizielle Neutralitätsklärung des Deutschen Reiches gegenüber dem polnisch-russischen Kriege.

Von den feindlichen Ueberwachungsausschüssen.

Stuttgart, 20. Juli. Der Sitz der feindlichen Ueberwachungsausschüsse ist Berlin, wo mehr als 400 Offiziere und über 1000 Mann Interpersonal zentralisiert sind. 13 Untersuchungsausschüsse sind über das ganze Reich verteilt. 2 dieser Untersuchungsausschüsse beschäftigen allein jährlich 400 Millionen Mark. Die Gehälter steigen von 3500 M im Monat für einen einfachen Soldaten bis zu 21 000 Mark Monatsgehalt für den General. In Stuttgart ist eine Unterkommission für das Landheer und eine für das Luftheer. Insgesamt sind 40 fremde Offiziere mit 70 Mann Bedienung hier in Tätigkeit. Es stehen ihnen 22 Kraftwagen zur Verfügung, durch die sie monatlich 5000 Liter Benzin verputzen. Eine Reihe anderer Kommissionen, die von Berlin aus geschickt werden, arbeitet aber außerhalb im Lande. Das Verhalten und der Verkehr mit diesen feindlichen Ausschüssen ist durchaus korrekt. Umso rücksichtsloser sind sie in der Sache, in der sie arbeiten. Die Militärdepots aller Art stehen geradezu unter Verwaltung der Kommissionen. Die Verordnungsverwaltung braucht die Genehmigung zu allem, was sie in den Depots holen will. Die Verschrottung des überschüssigen Heeresmaterials erfolgt in Göttingen, Reutlingen, Heilbronn, Ebingen und Ulm. In Ulm werden in der Woche etwa 200 Geschütze zerstört. Kürzlich verlangten die Kommissionen, daß 1100 Gewehre verbrannt werden sollten. Die Kontrolle der Polizeiwehr, der Vereine und der Schulen auf Waffen wird erst noch folgen. Und trotz alledem, trotz der ungeheuren Ablieferungen, die wir unter Zwang der Verhältnisse und freiwillig gemacht haben, zweifeln die Feinde daran, daß wir den Schandvertrag von Versailles loyal erfüllen.

Die hohen Papierpreise.

Die Abg. Walterbach (B. V.) und Genossen stellen im Bayer. Landtag die Anfrage: „Was hat die Bayer. Staatsregierung getan, und was beabsichtigt sie zu tun, um den abnormen Preis für Druckpapier wieder herabzumindern? In der Begründung heißt es: Die Papierpreise haben eine Höhe erreicht, daß die Tages-, Fach- und Organisationspresse vor dem Zusammenbruch steht, daß kaum mehr ein Buch verlegt werden kann, so daß in Deutschland geradezu eine geistige Verarmung droht. In gleicher Zeit haben die Papierfabriken im letzten Jahre finanzielle Resultate erzielt, die dieser Notlage geradezu Hohn sprechen.“

Verantwortungen in einem Reichskommissariat.

Berlin, 20. Juli. Große Verantwortungen haben sich, wie die „N. B. J.“ meldet, eine Reihe von Beamten des Reichskommissariats für Aus- und Einfuhrbewilligungen in Köln am Rhein auszuladen kommen lassen. Mit ihrer Hilfe hatte ein 47jähriger Kölner Kaufmann Paul Söndgerath Unterschriften und Stempel zur Ausfuhrbewilligung erhalten und damit noch nicht zufrieden, ließ sich Söndgerath für 20 000 Mark eigene Stempel herstellen, mit denen er selbst Ein- und Ausfuhrbewilligungen herstellen wollte. Die Kriminalpolizei kam dahinter und die Untersuchung führte zur Festnahme einer ganzen Reihe von Angestellten. — Auf diese Weise sind Waren aller Art im Werte von mehreren Millionen ohne Erlaubnis über die Grenze ins Ausland geschafft worden.

Die norddeutschen Befürchtungen einer Besetzung des Ruhrgebiets.

Vor der Hamburger Handelskammer sprach, wie von dort gemeldet wird, Dr. Karl Reichler über die Ergebnisse der Soaer Konferenz, der er als Sachverständiger beigezogen hat. Der Reichler trug den Standpunkt jener Sachverständigen-Gruppe vor, die sich in Spa gegen die Politik von Stinnes erklart hatte. Er führte u. a. aus: Eine Besetzung des Ruhrgebiets würde den Besetzungsmächten einen entscheidenden Einfluß auf die gesamte Kohlenverteilung in Deutschland geben. Frankreich hätte dann eine überwiegende Stellung in der deutschen Frage erhalten und hätte wohl auch die Regelung der deutschen Frage innerhalb der Alliiertenkreise in seiner Hand gehabt. Die Folge wäre u. a. eine starke Kohlenlieferung an das Rheinland, Westfalen und Süddeutschland gewesen u. im Zusammenhang damit die politische Isolierung Norddeutschlands und der wachsende wirtschaftliche Verfall. Diese Begründung Dr. Reichlers ist nicht sehr zwingend.

Ausland.

Basel, 21. Juli. Der Pariser „Temps“ meldet, daß in der Wiedergutmachungsfrage die beschlossene Stellungnahme der Alliierten dahin geht, daß die Deutschen 130 Milliarden Goldmark zusätzlich der Zinsen seit dem 1. August zahlen müssen. Durch die Verzögerung in der Kohlenfrage sei dieser Punkt in Spa abgelehnt worden. Es sei anzunehmen, daß auch in der Frage der Wiedergutmachung die Deutschen sich nur einem endgültigen Ultimatum mit der Drohung des Einmarsches beugen würden.

Paris, 21. Juli. Eine Vollversammlung ist für Mitte November nach Genf einberufen.

London, 21. Juli. Wie die Agentur Reuters erfährt, hätte am Dienstag Abend der Sowjetregierung die Antwort auf die Note überreicht werden sollen; England wünscht Erklärungen über die Note Tschitscherins, die man als sehr verwickelt betrachtet. Sollten die Bolschewisten in Polen eindringen, so würden die Handelsbeziehungen mit Russland sofort unterbrochen werden.

Aus Millerands Rede.

In seinem Bericht in der französischen Kammer über Spa sagt Millerand u. a. von den Verhandlungen mit der deutschen Delegation: Was Deutschland angehe, so wolle Frankreich die Ausführung des Friedensvertrages, die ihm volle Rechte gibt, und wird alles tun, um sich diese Ausführung zu sichern. Frankreich will sich in die inneren Angelegenheiten Deutschlands nicht einmengen und seine Hände auch nicht zu separatistischen Intrigen erheben; aber die verschiedenen Elemente in Deutschland müßten leben, ohne fürchten zu müssen, von einer preussischen Hegemonie gestört zu werden. Nach dem Recht, aus dem Friedensvertrag mit den verschiedenen Ländern, aus denen Deutschland besteht, die Beziehungen wieder anzuknüpfen, die Frankreich früher gehabt habe, habe es in München einen bevollmächtigten Botschafter eingesetzt. Die Politik, die Frankreich dort treiben wolle, sei eine Wirtschaftspolitik (?). Die besten Mittel, feindselige Beziehungen zwischen beiden Völkern wieder aufzuheben, seien ihre gemeinsamen Interessen miteinander zu vereinigen.

Verwunderung in London.

London, 20. Juli. Diplomatische Kreise sind etwas überrascht worden durch die Einwilligung Deutschlands, das Kohlenprogramm der Entente auszuführen. Die bisherige entschiedene Weigerung, die auf der Begründung beruhte, daß die Lieferung der Quantität unmöglich sei, hatte der Entente ernste Schwierigkeiten bereitet, weil sie ihre Drohung mit der Befehung gar nicht ausführen konnte. Die Drohung einhunderttausend Tonne Kohlen für Frankreich zu liefern, die die Befehung zweimal erzwogen, einmal vor Beginn der Konferenz in Spa als vielfach die Auffassung vertreten war, daß die deutsche Delegation sich auf nichts einlassen werde, wobei sich aber schon die Unmöglichkeit der Befehung ergab. Es wurden nur alle Vorbereitungen getroffen, um im Notfall einige rechtsrheinische Städte zu besetzen. Zum zweitemal beschäftigte sich der Oberste Rat wieder mit der Frage der Befehung am Mittwoch letzter Woche, wobei von England und Italien die Zwecklosigkeit dieses Unternehmens betont wurde, das auf eine viel schlimmere Vlamage auslaufen würde als die Befehung Frankreichs für Frankreich gewesen sei. Auch jetzt hätte die Befehung nur einseitig erfolgen können und einen neuen Zwischenfall der Entente vor der Welt aufgerollt. Von der englischen Presse war mit geringen Ausnahmen nicht anzunehmen, daß sie sich auf Frankreichs Seite stellen würde. Es sollten daher auch nur eventuell einige rechtsrheinische Städte besetzt werden und die völlige Befehung sollte nur angebroht werden, wonach abzuwarten gewesen sei, ob Deutschland sich dann zu weiteren Konzessionen geneigter zeige. Es ist den diplomatischen Kreisen daher nicht erklärlich, warum Deutschland die Regel so schnell beidrehte, ohne dazu gezwungen worden zu sein.

Preissturz in England.

Der Preissturz in England erstreckt sich nunmehr auf alle Lebensmittel, besonders auf Butter, Geflügel, überseeisches Fleisch, Konserven usw. Der Grund liegt namentlich im starken Rückgang der Frachtpreise von Amerika nach England, da der Frachtraum jetzt größer ist als im Jahr 1914. Man erwartet ein weiteres Sinken der Preise. Die Spekulation, der sich eine Panik bemächtigt hat, sucht ihre Waren massenhaft auf den Markt zu werfen. Von Nahrungs- und Genussmitteln ist Zucker teurer, dagegen sind Kaffee und Tee billiger geworden.

Polens Verzweiflungskampf.

Warschau, 20. Juli. Ein Dretret der Regierung beruft alle Männer bis zum 45. Lebensjahr unter die Waffen. Ein Aufruf Wikulski spricht von der Gefahr des drohenden Unterganges des Reiches. Ein Erlaß des Landesverteidigungsrates unterstellt das gesamte polnische Eisenbahnen der militärischen Oberleitung.

Der Bolschewismus gegen das britische Imperium.

Moskau, 20. Juli. In einer Rede vor dem neugewählten Sowjet erklärte Lenin, Sowjetrußland beabsichtige nicht, nach der Niederlage Polens den Feldzug fortzusetzen, da die Weltrevolution nunmehr von Indien aus fortzuschreiten werde, wo die indischen Soldaten Waffen und Munition den Indiern übergeben.

Aufruf an die Völker Afrikas.

Das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale gibt bekannt, daß der zum 1. August einberufene Kongreß persischer, türkischer, armenischer Kommunisten auf den 15. August verschoben wird. Im Anschluß an diese Bekanntmachung veröffentlicht das Exekutivkomitee einen Aufruf, der die Bevölkerung Persiens, Annatoliens, Mesopotamiens, Armeniens, Syriens und Arabiens auffordert, die britischen Regierungen zu schlagen, das Joch der Entente abzuwerfen und sich der kommunistischen Internationale anzuschließen. Der Aufruf ist von G. Nominow und Radel unterschrieben.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 21. Juli. Gemeinderatsbesitzung vom 20. Juli. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von einem Erlaß des württ. Finanzministeriums, wonach die vom Gemeinderat beantragte Einführung der Grundstückwertzuwachssteuer abgelehnt wird.

Das Gesuch des Karl Scholl um Zulassung zum Handel mit Lebens- und Futtermitteln wird befürwortet. In des Bürgerrecht mit Ruhung wird aufgenommen: Robert Schwaier, Steuerinspektor hier.

Der Krankenpflegerverein Neuenbürg hat infolge der Steigerung seiner Ausgaben mit Unzulänglichkeit der Einnahmen zu rechnen. Derselbe bittet mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit, welche die Krankenpflege-Station für die hiesige Stadt bedeutet, um Erhöhung des städt. Beitrags, um nicht noch einmal zur Heraushebung der Mitgliederbeiträge und Gebühren gezwungen zu sein. Der Gemeinderat erachtet für das Berichtsjahr 1920 den städt. Beitrag antragsgemäß um 450 M.

In der Frage der strafrechtlichen Verfolgung des Verfassers des Sprechsaalartikels im „Enztäler“ Nr. 156 betr. Lebensmittelversorgung in Neuenbürg hat dieser heute vor dem Gemeinderat nach erfolgter sachlicher Aussprache die gegen die in der Nahrungsmittelversorgung tätigen Beamten und Angestellten erhobenen Vorwürfe der Willkürlichkeit sowie eine bestehende Keulierung der Lebensmittelkommission gegenüber mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen. Der Gemeinderat betrachtet durch diese Erklärung die Sache für erledigt.

Neuenbürg, 22. Juli. Mit dem von der Verwaltungsstelle Pforzheim des Deutschen Metallarbeiter-Verbands gestellten Antrag zur Errichtung eines oder mehrerer Gewerbegerichte im Bezirk beschäftigte sich die auf gestern abend in die „Eintracht“ einberufene Versammlung des Gewerbevereins. Der Vorstand, Fabrikant Gollmer, berichtete zunächst über die am Samstag auf dem Rathaus zwischen Vertretern der Organisationen der Arbeitgeber und Nehmer stattgefundenen Besprechungen, die das Ergebnis zeitigten, daß von Seiten der Arbeiter die Errichtung von Gewerbegerichten angelehrt wird, während die Arbeitgeber dies unter den jetzigen Verhältnissen nicht als ein Bedürfnis empfinden. Diesen Standpunkt vertrat er auch in seinem Referat, u. a. führte er aus, daß die Schaffung eines neuen Schlichtungsgesetzes bevorstehe, schon aus diesem Grunde sollte man nicht etwas schaffen, das bei vorläufiger Betrachtung sich keineswegs als ein Bedürfnis erweise. In der sich anschließenden sehr lebhaften Aussprache kam einhellig der Gedanke zum Ausdruck, daß angesichts der Zeitverhältnisse auf die Errichtung von Gewerbegerichten verzichtet werden könne. Schuhmachermeister Scheuerle gab namens der Schuhmacher-Innung die Erklärung aus, daß diese etwaige Differenzen zwischen Arbeitgeber und Nehmer durch den Gesellen- und Innungsbandschuh selber regle und vermehre sich dagegen, daß in einer Zeit, wo es an Ausgaben nicht mangle, weitere hinzugefügt werden. Kommerzienrat Schmidt vertret ebenfalls den ablehnenden Standpunkt. Er stellte zunächst verschiedene Irrtümer des Arbeitersekretärs Dietrich in Bezug auf den Kostenpunkt bei einer Klage bei den ordentlichen Gerichten fest; wenn der Arbeiter sich zu Recht beschwere, fallen die Kosten dem Unternehmer zur Last. Auch die einseitige Meinung, als ob dem Arbeiter bei den ordentlichen Gerichten nur selten Recht werde, sei nicht haltbar. Daß man billiger mit Gewerbegerichten wegtomme, glaube er nicht. Es sei ungerecht, wenn man dem ordentlichen Richter den Vortritt mache, er hätte in solchen Dingen keinen Tausch davon. Auch beim Gewerbegericht müsse der Vorstehende zuerst Kenntnisse sammeln und wenn zufällig, was gar nicht ausgeschlossen sei, die Weisheit der Holzbranche angehören und sie hätten einen Fall aus der Metallbranche zu erledigen, dann könne in solchen Fällen nicht mehr von sachmännlicher Behandlung gesprochen werden. Die Gewerbegerichte seien überholt durch das Betriebsrätegesetz, das die Schlichtung aller Streitfälle innerhalb der Betriebe durch Sachleute ermöglige. Hier erwachsen dem Arbeiter weder Kosten noch Zeitverlust, weil alles im Betrieb erledigt werde. Und es sei nicht zuletzt gerade im Interesse des Arbeiters, wenn nicht alles an die große Glocke gehängt werde. Seien aber einmal Gewerbegerichte da, dann habe der Arbeitgeber durchaus keinen Anlaß, die Sache im Stillen zu behandeln; es dringe dann eben an die Öffentlichkeit, was bei Verhandlung durch den Betriebsrat und den Arbeiterausschuß

Anzeigenpreis:
die einpolige Seite,
oder deren Raum 60 f,
bei Anstaltsverteilung
durch die Geschäftsstelle
40 f extra.
Reklame-Zeile M 1.50
bei größeren Aufträgen
entsprech. Rabatt, der in
Falle des Nachvertrages
hinfallig wird.
Schluß der Anzeigen
Annohmer tagtägig.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Anträge wird
fernweise Gewähr übernommen.

taatsanzeiger Nr. 200
ortübliche Belohnung.
Killing, A. B.
Gemeinde Kallm
ausgebroschen.
Oberamt.
H. Milling, N
neuenbürg.
ung.
ung (Enztäler Nr. 100
nicht für den Zeitraum
für den Zeitraum von
nimmt.
or Killing, A. B.
t. Arbeitsamt
Widdbad.
Lebensmittelam
sch-Anschluß Nr. 148
sofort oder später wo
ucht:
blisch: Hausmädchen
mädchen, Zimmerm
junges Mädchen a
Stellen suchen:
unlich: Schneider,
hef, Zeichner, Bann
Hausdiener, Sattler,
moderater, Bäder, Fül
Buchhalter,
blisch: eine Stütze
Lohn, nur freie Stütze
ein junges Mädchen
Hilfe für Bäcker.
Conweiler.
echt-Gejund.
iger Langholsfuhr
kann sofort bei hohen
intreten bei
Reisler, J. Eam.
keinen Dienst an
ersonen, keine Kinder,
Mädchen
sowohl für Kontor
chen.
Müller, Pforzheim
feldstraße Nr. 31.
eres in allen Gew
erfahrenes
Mädchen,
bürgerlich lochen kann
August gesucht.
Pforzheim, Dstl. M.
für meinen Haus
Alteres, erfahrene
Mädchen
em Lohn und gute
zu baldigem Eintritt.
Dekar Schanfer,
s. m., Wilsbergingen.
ragene weiche
erren-
Silzhüte
werden wie
umgeformt und
vergerichtet.
Kressel,
Pforzheim,
essenschaftstr. 11
Telefon 3175.
H. M.
beid Eintracht.



und den Schlichtungsansatz nicht der Fall sei und den Nachteil habe dann eben der Arbeiter. Redner brachte dabei recht drastische Fälle zur Kenntnis, wie sie sich in der jetzigen Zeit vielfach ereignen. Da könne es für den Arbeiter nur von Vorteil sein, wenn alle Differenzen sozusagen im eigenen Hause, d. h. im Betriebe geschlichtet werden. Die Regelung von Differenzen im Betriebe und im Arbeiterentscheid habe bei den dazu Berufenen die Erkenntnis erwirkt, daß keineswegs alle Schuld auf Seiten der Arbeitgeber laste. Es mache auf ihn den Eindruck, als ob den kaum geschaffenen Institutionen, wie sie das Betriebsratsgesetz brachte, aus gewissen Gründen der Boden entzogen werden solle. Wenn man unsere große Not auf allen Gebieten vorurteillos betrachte, so müsse man zu der Überzeugung gelangen, daß die Errichtung von Gewerbegerichten, ganz abgesehen von den Kosten, nur fördernd wirke und daher im Interesse eines gegenseitigen guten Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und -nehmer abzulehnen sei. In der weiteren Ausdrucksweise, auf welcher sich außer dem Vorsitzenden Zimmermeister Wischhoff, Schreinermeister Herendach, Malermeister Mann, Schmiedmeister Schaeferle, alt Schlauchfabrikant Gollmer und Gemeindevater Bister beteiligten, kam einhellig die sehnlichste Meinung zum Ausdruck, daß von der Errichtung von Gewerbegerichten abzusehen sei. Es werde immer so viel vom Sparen gesprochen, statt dessen werden immer neue Lasten auf den Arbeitern aufgeschoben. Die Errichtung von Gewerbegerichten entspreche gar keinem Bedürfnis. Auch das Handwerk, das etwaige Differenzen durch Innung und Gesellenentscheid schlichte, müsse sich gegen die für den Bezirk Neuburg überflüssige Einrichtung entscheiden verhalten; man brauche keine weiteren Versorgungsanstalten. Die Schaffung von Gewerbegerichten müsse zu gar nicht vorzuziehenden Unzuträglichkeiten zwischen Arbeitgeber und -nehmer führen, jedes Dienstmädchen und jeder Lehrling, die glauben, Anlaß zur Beschwerde zu haben, werden das Gewerbegericht in Anspruch nehmen und dadurch zu einer Erhöhung der Kosten beitragen. Der gesamte Handwerkerstand verweigere sich gegen weitere Lasten, die ihm durch Schaffung dieser Einrichtung direkt oder indirekt aufgebürdet würden. Einmüchtig fand nachstehende an den Gemeinderat zu richtende Entschließung Annahme:

Nach gründlicher Aussprache über das vorliegende Gesetz der Verwaltungsstelle Forzheim des Deutschen Metallarbeiterverbandes um Errichtung eines Gewerbegerichts spricht sich die heutige Versammlung des Gewerbevereins einstimmig dagegen aus. Sie kann nicht ersehen, daß bei den bestehenden Einrichtungen (Arztverträge, Innungen usw.) den Arbeitern durch Schaffung von Gewerbegerichten die Rechtsprechung verbilligt wird, noch eine gerechtere werden könnte, wohl aber würde dadurch eine neue, unumgängliche Belastung der Steuerzahler eintreten.

Neuburg, 21. Juli. (Zur Wohnungsnot.) Anstatt die Zahl der Wirtschaften zu verringern, werden diese immer noch durch Genehmigung neuer Gesinde vermehrt. Dies scheint bedenklich in einer Zeit, wo es überall an menschlichen Wohnräumen fehlt. Wie wäre es, wenn man die Wirtschaften einschränkte würde? Diejenigen, die nicht angebaute Gasthäuser sind, die zum Verberbergen von Fremden notwendig sind, könnten gut geschlossen und zu Wohnungen umgebaut werden. Man könnte ja auch sagen, daß solche Wirtschaften, die nicht durch Nachweis eines bestimmten Umfanges ihre Existenzberechtigung darlegen, zu Wohnräumen umgebaut werden müssen. Ueber den Umfang könnte wohl das Steueramt Auskunft geben.

Neuburg, 21. Juli. Eine nachträgliche Ehrung durfte Herr Rüstfahndirektor Müller-Neuburg, erfahren, dem von seinem Regiment 110. Artillerie, das Eisene Kreuz I. Klasse überreicht wurde. Herr Müller, welcher als Offizier stellvertretender im Felde hand, erhielt diese Auszeichnung für hervorragende Patrouillenführung im Oberjoch.

Neuburg, 20. Juli. (Vorjahr gegen Ruhrkrankheit.) In einigen Orten Württembergs sind in letzter Zeit Erkrankungen an Ruhr und auch Todesfälle vorgekommen. Wohl ist eine größere Ausbreitung der Ruhr nicht zu befürchten, nur die Gefahr einer örtlichen Ausdehnung ist vorhanden. Es empfiehlt sich daher zunächst Sicherung jedes Ruhrkranken am besten im Krankenhaus, strenge Durchführung der Desinfektion aller Abgänge am besten mit Kalkmilch. Eine besondere Gefahr für die Ausbreitung der Krankheit sind die Stubenfliegen. In allen Blähen, wo die Ruhr auftritt, ist insbesondere eine energische Bekämpfung der Fliegenlage durchzuführen. Und zwar sind die Fliegen nicht nur in den Wohn-

Arbeits- und Schlafzimmern durch Fliegenleim, Arsenpapier oder Insektenpulver zu vernichten, sondern es sind vor allem die Brutstätten der Stubenfliegen zu beseitigen oder zu desinfizieren. Solche sind jeglicher Urat, vor allem der Kuchenschüssel, aber auch sonstige Röhren und Unratsbehälter oder Abortgruben, die nicht fliegend abgedeckt sind. Am gefährlichsten sind Misthäfen oder Dünggruben, die gleichzeitig menschliche Ausscheidungsstoffe aufnehmen, da hier die Fliegen schon in ihren Brutstätten mit dem Ruhrkeim sich beladen können. Es ist daher in Gemeinden mit Misthäfen der allgemeinen Ortserreinlichkeit besondere Beachtung zu schenken.

Neuburg, 21. Juli. (Gefahren für unsere Kinder.) Runft die Ferienzeit wieder da, wo die Kinder in Wald und Flur Erholung suchen. Aber dabei lauern mancherlei Gefahren. Die Beeren der Nachtschattengewächse sind giftig. Sie haben große Ähnlichkeit mit den Heidelbeeren. Der schwarze Nachtschatten wächst auf Felsen und Erdbänken. Der Genuß der schwarzen Beeren führt zu schweren Darmkrankungen. Der bittere Nachtschatten mit seinen länglich roten Beeren klettert an dem Gebüsch empor, wo unsere Jugend Brombeeren und Himbeeren sucht. Die Beeren selbst sind nicht giftig, aber in den Blättern und Zweigen sitzt der Giftstoff. Das gefährlichste Gewächs ist jedoch die Tollkirsche, die an Waldblößen und Waldrändern wächst. Auch das Wickenkraut, das seinen Standort für Schutthäuser hat, birgt gefährliches Gift. Die Kapselkrone des Wickenkrauts wurde von Kindern schon oft mit Nockenapfeln verwechselt. Auch die Harztafel zählt zu den Nachtschattengewächsen. Wästen, Beeren und auch die Stängel enthalten giftige Stoffe. Es muß immer wieder eingeschärft werden, keine Beere oder Frucht zu genießen, die man nicht genau kennt. Sei auch die Beere noch so schön, kennst du sie nicht, so laß sie stehen.

Württemberg.

Calw, 20. Juli. Im November wird hier eine landwirtschaftliche Winterschule eröffnet. Zum vorläufigen Vorstand dieser Schule und zugleich als landwirtschaftlicher Sachverständiger für die Oberamtsbezirke Calw, Nagold und Rottenburg ist der frühere Schriftleiter des Wochenblatts für Landwirtschaft, Landwirtschaftsinspektor Daake von Ludwigsburg bestellt worden.

Stuttgart, 20. Juli. (Leibverder.) Vom ehemaligen würt. Oberes leben noch etwa 900 Pferde draußen bei den Bauern. Es ist sehr schwer, so ein Leibverder wieder zurückzubekommen. Unlängst soll es vorgekommen sein, daß solche Pferde, die die Deeresverwaltung wieder dringend benötigte, mit Gewalt den Landwirten abgenommen werden mußten. Neuerdings ist man nun in Württemberg dazu übergegangen, Leibverder nur mit dem Fahrer abzugeben, um wenigstens die Pferde bei Bedarf wieder zurückzubekommen. Wenn die Deeresverwaltung überschüssige Pferde anfallen, so übernimmt sie die Landwirtschaftskammer, die auch die Gesuche der Landwirte zu begutachten hat. Täglich laufen etwa 300 Gesuche um Leibverder ein. Selbst wenn das Pferd ganz aufgelöst würde, können nicht alle Wünsche der Landwirte befriedigt werden. Die Deeresverwaltung verfügt über kein überzähliges Pferd, ja sie hat nicht einmal ihren Etat erreicht.

Stuttgart, 21. Juli. (Ein Flugunternehmen.) Hier soll ein Flugunternehmen mit staatlicher Genehmigung gegründet werden. Gründer und Inhaber der Unternehmung ist Paul Strähle in Schornbach, ein bekannter Kriegsflieger, der 3 Flugzeuge erworben und ständige Passagierflüge zu unternehmen gedenkt. Als Flugplatz ist der Gansstatter Wald vorgeseh.

Stuttgart, 21. Juli. (Willigeres Fleisch.) Die Steigerung der Güterpreise und die bessere Schlachtausbeute des Schlachtwiehs infolge der günstigen Futterverhältnisse haben eine mäßige Deregulation der Rind- und Kalbfleisch-, wie der Schweinepreise ermöglicht. Die Preise für Schweine- und Schafffleisch sind gleich geblieben, da sich hier die Verhältnisse nicht geändert haben. Es kostet künftig je 1 Pfund Rind- oder Kalbfleisch 8.50, in Stuttgart 8.30 M, Schweinefleisch 9.60 M bzw. 10. M, Schafffleisch 6.60—8.50 M bzw. 7—8.80 M, eine Plattwurst 2.50, 1 Pfund Leberwurst 4.50, Schmalzknollen 5.50, Schinkenwurst 10—12.50 M, Schmalzwurst 9.50 M.

Stuttgart, 21. Juli. (Teuerungszulagen für Gemeinderatsmitglieder.) Mit Rücksicht auf die fortschreitende Teuerung hat das Ministerium des Innern mit Rücksicht vom 1. Juni ab des Höchstbetrag um den die in der Gemeindeordnung festgesetzten Tagelöhner der Gemeinderatsmitglieder überschritten werden dürfen, in den großen Städten auf 15 M, in den mittleren Städten, sowie in den der ersten Klasse angehörenden kleineren

Städten und Landgemeinden auf 14 M, in den übrigen Gemeinden auf 12 M festgesetzt. Zu den Tagelöhnern für besondere Dienstverrichtungen kann durch Beschluß des Gemeinderats, bezw. der Amtsversammlung bis auf weiteres eine Teuerungszulage bis zum Betrag von 15 M gewährt werden. An Nebenamtliche Verwaltungsbeamte oder sonstige Gemeindeglieder kann eine Teuerungszulage von 9—12 M gewährt werden.

Brackenheim, 21. Juli. (Zeit die Stunde an.) Wie notwendig es ist, daß der Besitzer, dessen Viehstand von der Maul- und Klauenseuche befallen wird, Anzeige erstattet, zeigt ein hier vorgekommener Fall. Einem Bauern benahm eine schone Kuh mit zwei ausgewachsenen Kalbchen. Da er den Seuchenausbruch nicht rechtzeitig angemeldet hat und deshalb auf Grund des Gesetzes keine Entschädigung bekommen kann, so erleidet er großen Schaden. Im übrigen ist hier die Seuche erloschen. 68 Ställe waren verseucht.

Heilbronn, 20. Juli. (Ein schöner Vorwand.) In Württemberg hat der Milchbräukönig Wilhelm Schneider als Vorstand des Reichsbundes der Kriegsgeschädigten 5000.—, die er von 53 Mitgliedern zur Beschaffung von Wäsche zu ermäßigten Preisen erhalten hatte, für sich verwandt. Er verwirklichte Geld in Stuttgart und Forzheim in Damengesellschaft bei Wein und Sekt. Die Vereinskasse schädigte er durch Begabung eines Wertpapetes, das für 12000 M Stoff enthielt, den er an einen Schneidermeister in Waiblingen-Gm auf 10000 M verkaufte. Als die Sachen rückbar wurden, veräußerte er nach Mannheim und Frankfurt. Der neue Vorstand des Reichsbundes erhielt von der hiesigen Strafkammer 1 Jahr 10 Monate Gefängnis neben 5 Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Der Schneidermeister wurde freigesprochen.

Ulm, 21. Juli. (Lebensrettung.) Hans Walter, Sohn des Telegraphenbearbeiters Walter, hat unter eigener Lebensgefahr und mit beinahe tödlicher Gefahr des Ertrinkens drei Personen vom sicheren Tod des Ertrinkens gerettet. Bei einem der Ertrinkenden mußten Wiederbelebungsvorkehrungen angewandt werden.

Landheim, 21. Juli. (Wer zahlt?) Der Geschäftsführer des Kommunalverbands machte Mitteilung über die schon lange Zeit lagernden Fehltungen, deren Abzug wegen der inzwischen eingetretener Verbildung neuer Waren nicht mehr möglich ist. Bei den heutigen Preisen entfällt ein Fehlbetrag von 12 000 Mark, wovon die Stadtgemeinde 60 Prozent übernehmen soll. Der Gemeinderat hat dieses Ansuchen abgelehnt.

Baden.

Forstheim, 21. Juli. Der Stadtrat hat beschlossen, an Stelle der aufgelösten Einwohnerwehr einen Stadtschutz zu errichten, in dem alle Kreise der Bevölkerung vertreten sein sollen; besonders sollen die Vertreter der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zugezogen werden.

Rastatt, 20. Juli. Im Rastatter Tagblatt wird folgendes Vorkommnis gemeldet: Ein Bewohner eines Hauses an der Marktstraße hörte aus einer Wohnung desselben Hauses anständliches Jammern. Als er der Ursache dieses Jammerns nachforschte, ergab sich ein fürchtbares Bild: Zwei Jungen im Alter von circa 5 und 7 Jahren waren mit eisernen Handschellen an Räden aneinandergeschloffen und saßen in stehender Stellung, der Erlösung durch ein Drittes harrend. Ein erst einige Monate altes Kind war auf dem nackten Boden geteilt, ohne Unterlage und ohne irgendeiner zugedeckt zu sein, während die sauberen Eltern zum Vergnügen ausgegangen waren. Nachdem die Polizei herbeigeholt war, mußte man die Buben die Handschellen abstellen, da das daran angebracht Schloß nicht zu öffnen war. Die Kinder wurden einstweilen dem Waisenhaus zur Verwahrung übergeben.

Elbschnabel (Weisental), 20. Juli. Hier ist es zu einer Heibelbeerschlacht gekommen. Eine Familie hatte von einer Bauern einen Schlag Heibelbeeren zum Aberten gekauft, die aber widerrechtlich von Jellen Arbeitern abgerentet wurde. Da bei dem es zu Zusammenstößen zwischen dem Waldbüter mit den Arbeitern. Der Waldbüter hatte einem der Burschen einen Streichfuß beigebracht. Dieser gab den Jellen Anlaß, gegen die Elbschnabel mit Handgranaten vorzugehen, die aber durch das Buschwerk aufgehalten wurden, und so keinen Schaden anrichteten.

Heidelberg, 21. Juli. Der Leichenfund auf dem Heiligsberg ist nun aufgeklärt. Die Tote ist die 18 Jahre alte Rosotilla Grete Grob aus Mannheim, Tochter eines hiesigen Beamten, der in der Elbschnabelstraße wohnt. Der verheiratete Liebhaber ist der in der gleichen Straße wohnende, ebenfalls 18 Jahre alte Kaufmann Karl Stuhlmeier. Beide waren

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill.

111 (Nachdruck verboten.)

„Ah, am Ende gehört keiner von uns augenblicklich zu diesen letzten Leuten,“ erwiderte der Senator grimmig. „Ich sehe den Doktor Odmer gewiß aufrichtig, aber ich muß gestehen, daß sein Schicksal für mich gegenwärtig eine sehr untergeordnete Rolle spielt neben der schweren Sorge um meine Entlassung.“

„Gewis,“ stimmte der Freiherr zu. „Ediths Verschwinden ist für uns jetzt wichtiger als alles andere — wichtiger sogar als die Entdeckung des Mörders. Ich glaube, es wird am besten sein, wenn ich unverzüglich in die Stadt fahre und den Polizeirat aufsuche. Das Zwedmäßigste, was jetzt geschehen kann, dünkt mich eine sofortige Verhaftung des Doktors.“

„Um des Himmels willen, Mann, was für eine Idee ist das? Sie glauben doch nicht daran, daß er schuldig ist — und selbst wenn er es wäre, wo sollte man ihn finden? Allen Anschein nach ist er doch einwilligen spurlos verschwunden.“

„Ich weiß, wo er sich befindet,“ lautete die ruhige Antwort des Freiherrn, „und nicht für einen Augenblick hätte ich seine Spur verloren. Ich behaupte auch jetzt noch nicht, daß er schuldig ist, aber ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß er den Schuldigen kennt.“

„Dann,“ sagte der Senator sehr ernst, „ist er noch Ihrem Gesetz als ein Mitschuldiger zu betrachten. Denn wer den Urheber eines Verbrechens kennt und den Beteiligten die Kenntnis verschweigt, macht sich doch wohl strafbar — nicht wahr?“

„Gewis! — Und diese Gesetzesvorschrift ist es, von der ich jetzt in Ediths Interesse Nutzen zu ziehen gedenke.“

Unterdessen waren der Graf und der Major Seite an Seite dem Portal des Schlosses zugehritten. Zu einer lebhafte Unterhaltung schien keiner von ihnen sonderlich

angesezt; denn sie waren schon längst weit außerhalb des Hörbereichs der anderen, als der Major endlich das Schweigen brach.

„Ich bin sehr froh, daß du gerade zur rechten Zeit zurückgekehrt bist, Koss. Denn ich war eben im Begriff, der ganzen Sache auf die kürzeste Weise ein Ende zu machen. — Es freut mich, daß es mir erspart geblieben ist. Denn die Tatsache, daß du hier bist und die Komtesse Edith Donnersberg irgendwo anders, macht ja die Belästigung hinlänglich, durch die ich mich zum Reden gezwungen glaubte.“

Mit einem bösen Seitenblick sah der junge Graf seinen graubaarigen Begleiter an. Dann, mit einem kurzen, widerwärtigen Aufschrei, sagte er: „Du hast in der Tat begründete Ursache, dem Himmel dafür zu danken, daß er mich gerade im rechten Augenblick zurückkehren ließ. Denn — so wahr ich lebe — den Menschen, der mich verriet, würde ich töten, wo ich ihn fände.“

22. Kapitel.

Anfichts der Erklärung des Doktor Wittus, daß ihr Stiefbruder höchstens noch drei Tage zu leben habe, sah sich die Komtesse vor die unabsehbare Notwendigkeit gestellt, sofort ihre Entschlüsse zu fassen. Es entging ihr nicht, daß die Krankensiegerin sie mit scharfen Blicken musterte, wie wenn sie ihr vom Gesicht ablesen wollte, welche Wirkung die niederhöckernde Mitteilung auf sie übte; aber sie dachte trotzdem nicht daran, eine Erschütterung und einen Schmerz zu erheuchen, von denen sie nichts empfand. Sie verharrte schweigend, bis der Arzt mit seinen Verwahrungen am Krankenbett fertig zu sein schien. Es gab da für ihn augenblicklich nicht mehr viel zu tun, und nachdem er sich überzeugt hatte, daß die Verbände in Ordnung seien, wandte er sich an die Wärterin:

„Sie wissen, was Sie zu tun haben. Es kann sich für Sie lediglich darum handeln, den Patienten aufmerksam zu beobachten und ihm von Zeit zu Zeit die Lippen zu nehen. — Und nun, mein gnädiges Fräulein, wenn Sie mich jetzt wieder in das Bazarzimmer hinabbegleiten wollen, werde ich mich Ihnen gern für etwaige Dienst-

leistungen, wie die Absendung von Telegrammen und dergleichen, zur Verfügung stellen.“

Edith tat schweigend nach seinem Wunsch. Während sie die Treppen hinabging, fiel ihr abermals die Toilettelle an, die in diesem dunklen, unsauberen Hause herrschte. Aber sie suchte sie nicht mit der im Interesse der Kranken gebotenen Notwendigkeit größter Ruhe zu erklären.

Der Doktor ließ ihr den Vortritt und drückte dann die Tür des unbefuglichen Bazarzimmers geräuschlos hinter sich ins Schloß. Er hob Edith einen Stuhl zu, blieb aber selber stehen.

„Ich bin, wie ich Ihnen bereits sagte, sehr beschäftigt und muß mich jetzt anderen Patienten widmen. Zunächst aber möchte ich gern von Ihnen hören, was Sie zu tun beabsichtigen. Der Graf Bredow-Donnersberg ist nicht der erste Beste, sondern eine wichtige Persönlichkeit. Und es gibt außer Ihnen sicherlich noch ihm nahestehende Leute, die von dem Borgefallenen unterrichtet werden müssen.“

Was er sagte, war so naheliegend und selbstverständlich, daß sicherlich jeder andere Arzt in dieser Situation genau das nämliche gesprochen haben würde. Die Komtesse aber fühlte sich durch seine Worte in ein Meer von Zweifeln und Ungewissheiten gestürzt. Es schien ja nichts Einfacheres zu geben, als sofort eine Nachricht nach Schloß Donnersberg oder an den Justizrat zu senden; aber sie sagte sich sofort, daß dadurch auch Erklärungen über ihr hiersein nötig werden würden, und daß sie es im Bewusstsein dieser Erklärungen kaum würde vermeiden können, auch den Grund anzugeben, der sie zu dem befreundlichen Stiefbruder mit ihrem Stiefbruder bezogen hatte. Und die Rücksicht auf den geliebten Mann ließ sie davor zurückschrecken.

„Nun denn keine Aussicht vorhanden, daß mein Halbbruder noch einmal zum Bewußtsein erwachen wird?“ fragte sie.

„Oh, im Gegenteil,“ lautete die Erwiderung. „Es ist so gut wie gewiß. Aber es wird schwerlich vor Ablauf einiger Stunden der Fall sein.“

(Fortsetzung folgt.)



...den übrigen Gemein-
den für besondere
des Gemeinderats
eine Teuerung
werden. An neben
Gemeindebeamte
gewählt werden.
Wie nach
von der Man-
verfattet, soll ein
erendete eine schün-
er den Zeichen
und deshalb auf
nehmen kann, so
hier die Zeugn-

Freiburg, 21. Juli. Zu dem Großfeuer des Säge-
werks von J. Himmelsbach erfahren wir noch, daß der
zwischen der Gutach und der Landstraße Neustadt-Lüfsee
liegende Teil zerstört worden ist. Von den Fertighäusern
sind annähernd 50 Proz. vernichtet, dagegen ist die auf dem
anderen Ufer der Gutach liegende Impregnieranstalt unversehrt
geblieben. Der Betrieb der Gesellschaft erleidet keine
Schmäkung, da sie in Württemberg und Hessen andere gleich-
artige Betriebe besitzt.

Frankfurt a. M., 21. Juli. Die Frankfurter Zeitung
berichtet aus Mainz die Verhaftung des Zeichenlehrers
Kedow aus Beckow, der heute früh von französischen Ge-
heimagenten wegen politischer Umtriebe festgenommen wurde.
Es steht fest, so sagt das Blatt, daß die französische geheime
militärische Polizei in Mainz und Wiesbaden Deutsche und
Elsäß-Lothringern gegen hohe Bezahlung angeworben hat, die
sich unerkannt in den Wirtschaften und auf freien Plätzen
unter das Publikum mischen und den Franzosen Spitzel
dienste leisten. Eine unvorsichtige Aeußerung genügt diesen
Landesverrätern, die Ahnungslosen der französischen Polizei
in die Hände zu spielen.

Frankfurt am Main, 21. Juli. Der Geschäftsführer
der Freien Presse in Höchst am Main, Kollenbach, wurde
vom französischen Polizeigericht in Mainz zu sechs Monaten
Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Ver-
urteilung erfolgte wegen angeblicher Verhöhnung der Befehl-
struppen durch Ausübung der im besetzten Gebiet verbotenen
Militären Zeitschrift „Der wahre Jakob“ im Schaufenster
der Freien Presse.

Berlin, 21. Juli. Die Deutsche Allgemeine Zeitung
berichtet aus Königsberg von ersten Zusammenstößen. Aus-
sändlinge haben heute morgen versucht, der technischen Not-
hilfe den Zugang zur Waldmühle zu versperrern. Sicherheits-
polizei hat eingegriffen. Mehrere Arbeiter sind verwundet.
Bei einem Versuch, das Elektrizitätswerk zu stürmen, und
in den von der technischen Nothilfe ausrecht erhaltenen Ver-
trieb zum einzudringen, gelang es der Sicherheitspolizei, die
Menge zu zerstreuen. — In Dresden haben nach dem glei-
chen Blatt Erwerbslose vor den Redaktionen der Dresdener
Nachrichten und des Dresdener Anzeigers erregte Kund-
gebungen veranstaltet, weil ihre Entschuldigungen nicht aus-
reichend und auffällig genug in diesen Blättern gestanden
hätten und schwere Drohungen gegen die Redaktionen aus-
gesprochen.

Berlin, 22. Juli. Nach der „Voss. Zeitung“ hat der
Reinlandskommissar den einstweiligen Verwalter des Land-
ratsamtes St. Goarshausen, Regierungsassessor Bachert, seines
Amtes enthoben. — Aus Königsberg in Preußen wird der
Vossischen Zeitung von Verbungen in und um Insterburg
für die rote Armee berichtet. — Die Hamburger Polizei-
behörde hat nichts feststellen können, das die Nachricht über
die Entwendung einer roten Armee in Hamburg bestätigt. —
Der Voss. Zeitung zufolge ist eine aus Polen angekommene
Kommando in das preussische Zollamt von Jastrzebn in Ober-
Schlesien eingebrochen, hat sämtliche Waffen und Munition
geplündert und ist wieder über die Grenze zurückgegangen.

Amsterdam, 22. Juli. Den Times zufolge wurde das
Holländische Interped, das im Hafen von Breda
während des Krieges versenkt worden war, gehoben.

Paris, 21. Juli. Wie „Petit Parisien“ von unter-
richteter Seite hört, soll die Lieferung deutscher Steinkohlen
an Frankreich eine Preisberabsetzung der französischen Stein-
kohlen um 25 Prozent zur Folge haben. — Die französischen
Bergarbeiter lehnen die Erörterung der Internationalisierung
des Bergbaus auf dem internationalen Bergarbeiterkongress
in Genf, wie sie von Deutschland vorgeschlagen war, ab. —
Die Gesamtkriegskosten Frankreichs betragen 233,3 Milliarden
Franken.

Paris, 21. Juli. Bei einem Essen zu Ehren des
Kommandanten der amerikanischen Seestreitkräfte in Europa,
Vizeadmiral Houze, erklärte dieser, er gedente sich für einige
Zeit in Europa aufzuhalten. Seine Mission in Europa
beziehe sich auf die Lebensmittelversorgung der Mittelmächte.

Paris, 21. Juli. Havas meldet aus Beirut, Emir
Faisal habe alle Bedingungen angenommen, die in dem
Ultimatum des Generals Gouraud an die Regierung von
Damaskus gestellt wurden.

Rom, 21. Juli. Manifestanten drangen in die
Lauderei der römischen Ausgabe des „Avanti“ ein, zer-
störten die Maschinen und schlepten die Zeitungen nach
einem benachbarten Platz, wo sie sie verbrannten. Den
Zählungsverkäufern wurde der „Avanti“ entziffen und daraus
unter Abhängung vaterländischer Lieder Fackeln gemacht.
„Epoca“ berichtet, daß ein 24stündiger Generalstreik aus-
gerufen werden wird.

Moskau, 21. Juli. Die Erfolge gegen Polen gaben
der gesamten Bevölkerung Anlaß zu Hiesenslandgeboten.
Es wurden Freudenmummien veranstaltet. In öffentlichen
Versammlungen ermahnten die Volkskommissare zum Aus-
bleiben, um den polnischen Imperialismus das letzte Lebens-

licht auszublafen. Auch in Petersburg herrscht freudige Be-
wegung.

Aufhebung der Fleischarten.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, soll die Fleischarte
als Kontrollmittel des Fleischverbrauchs ab 1. September ds.
J. im ganzen Reich aufgehoben werden. Die für die Kom-
munalverbände sehr kostspielige Einrichtung der Fleischarte hält
man weiterhin für überflüssig, da sie durch die Kundenliste in
Verbindung mit dem Versorgungsanweis hinreichend ersetzt
wird. In Bayern ist die Aufhebung der Fleischarte bereits
mit Wirkung vom 2. August mit Genehmigung der Reichsbe-
hörde durch die bayerische Fleischversorgungsstelle angeordnet.

Die Lasten von Spa das Todesurteil der deutschen Industrie.

Duisburg, 21. Juli. Geh. Kommerzienrat Müller er-
klärte den Stadtverordneten in Duisburg, daß die Abmachungen
in Spa für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk das
Todesurteil bedeuten. Die Lieferung von zwei Millionen T.
Kohle würde zur Folge haben, daß in drei Monaten 40 Pro-
zent der Eisenarbeiter auf der Straße liegen würde. Es gebe
keinen anderen Ausweg, als die Kohlen der deutschen Industrie
zu entziehen, die Hochöfen, Stahl- und Walzwerke stillzuliegen
und die Arbeiter zu entlassen. Das Schlimmste würden aber
die Verhandlungen in Genf bringen. Nachdem man die Ver-
handlungen in Spa unterbrochen und um aller Wehr beraubt
habe, werde man in Genf Deutschland dazu zwingen, Diplo-
maten auf Beben und alle industriellen Werte aufzunehmen
und sie der Entente auszuliefern. Ein sozialistischer Arbeiter-
vertreter erklärte darauf, daß die Entente am grünen Tisch
beschließen könne, was sie wolle, letzten Endes würden doch die
Vergarbeiter beschließen, was in Wirklichkeit geschehe. Auch
unter der Krante der Entente würden die Arbeiter nicht besser
arbeiten, sondern der Entente begrifflich machen, daß das deut-
sche Volk genau wie früher eine Existenzberechtigung habe.

Bericht über Spa vor dem Ministerpräsidenten der Länder.

Berlin, 21. Juli. Amtlich wird mitgeteilt: Heute vor-
mittag fand unter der Leitung des Reichstanzlers eine Sit-
zung der Ministerpräsidenten der Länder statt, die der Aus-
sprache über die Beschlüsse von Spa galt. An der Besprechung nah-
men u. a. teil der württembergische Staatspräsident Dr. v. Die-
ber, der württ. Gesandte Bildenbrand, der badische Minister des
Inneren, Kemmele, und der badische Gesandte Dr. Kiefer. Der
Reichstanzler eröffnete die Besprechung mit einer Begrüßung,
woran Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons Bericht
erstattete. In diesem Bericht schloffen sich Darlegungen des
Reichswehrministers Gehler über die militärische Lage und des
Reichswehrministers des Inneren, Koch, über die technische Lage
der Entwaffnung. Der Berichterstatter folgte eine mehrstün-
dige Aussprache. Dabei kam von den verschiedensten Seiten
die Sorge über die schweren militärischen Bedingungen „am
Ausdruck, die von der Entente angesichts unserer schwächen-
den politischen Lage auferlegt worden sind. Ebenso wurden
die Lasten des Kohlenbrennens für unsere Arbeiterbevölkerung
und Industrie sehr ernst beurteilt. Gleichwohl wurde aner-
kannt, daß die Delegation in Spa nicht in der Lage war, andere
Ergebnisse zu erzielen, und es wurde nachdrücklich darauf hin-
gewiesen, daß alles daran gesetzt werden müsse, den Verpflich-
tungen des Abkommens gerecht zu werden.

Einberufung des Reichstags.

Nach einem Beschluß des Ministerrates des Reichstags
findet die nächste Vollversammlung am Montag, den 20. Juli, nach-
mittags 6 Uhr, zur Entgegennahme einer Erklärung der Re-
gierung über Spa statt.

Die Tagesordnung der ersten Sitzung des Reichstags be-
steht außer den geschäftlichen Anfragen im wesentlichen aus fol-
genden zwei Punkten: Wiederholung der Wahl des Präsi-
denten und Erstattung des Berichts über Spa durch die Vertreter
der Delegation. Es werden hierzu der Reichskanzler Fehren-
bach und Außenminister Dr. Simons das Wort ergreifen. Am
Dienstag vormittag finden Fraktionsberatungen statt, während
am Nachmittag um 1 Uhr das Plenum zusammentritt. Im
Reichstags wird dann bereits ein Beschluß der Reichsregierung
vorliegen, mit dessen Feststellung für Ende dieser Woche zu
rechnen ist. Dieses Beschluß wird auf Grund der Protokolle
über die Sitzungen in Spa die Erklärungen der Deutschen und
der Gegenseite enthalten. Aus ihnen wird ersichtlich werden,
was unsere Unterchrift für eine Bedeutung hat. Die Reichs-
regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß unser
Vermerk „unter Vorbehalt gegen den Artikel 7“ die Unter-
schrift in Hinsicht auf die „Strafbestimmungen“ null und
nichtig macht. Ein Standpunkt, der den völkerrechtlichen Stän-
den von der Daager Konferenz entspricht. Es wird auch aus
den Protokollen der Wortlaut der Erklärungen von Lloyd Ge-
orge über die obersteleische Kohle festgelegt werden können.

Die kleinen Anfragen sollen am Freitag verhandelt werden,
so daß man sofort in die Aussprache über Spa eintreten
kann. In den ersten Tagen des August hofft man, die Verhan-
lungen beendet zu haben.

Spa im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Berlin, 21. Juli. Der Ausschuss für auswärtige Ange-
legenheiten sollte heute Nachmittag seine Verhandlungen fort-
setzen. Spaun weist darauf hin, daß auch bei der Auslegung
des Friedensvertrages die Nachfrage von Bedeutung sei. Din-
schlich der Möglichkeit, das verlangte Kohlenquantum zu lie-
fern, ist der Redner der Meinung, daß der Versuch zum Vortritt
auf jeden Fall gemacht werden muß und bei allseitigem guten
Willen Erfolg haben kann. Die Daltung der Delegation blit
ligt der Redner.

Abg. Dr. Stresemann gibt zur Erwägung, in der Kom-
mission von einer Beschlußfassung abzugehen und dies dem Ple-
num des Reichstags zu überlassen. Der Redner erörtert ein-
gehend die Kohlenfrage. Nach sachkundigen Feststellungen
müsse eine Kohlenlieferung von 10 Prozent eintreten. Der
gähe Widerstand der Arbeitgeber-Sachverständigen war kein
Ausfluß kapitalistischer Anschauungen, sondern entsprach auch
der Auffassung der Arbeiterführer, sondern und war lediglich
wirtschaftlich basiert. Die Aufgabe der obersteleischen Kohle
für die Durchführung des Abkommens von größter Wich-
tigkeit. Der Redner weist dann eingehend die gegen den Abg.
Simons gerichtete Kritik zurück. Abgesehen von Einzelheiten
sei zu betonen, daß durch das Auftreten der Herren Stinnes
und Due erst die Entente auf den Weg zu Verhandlungen ge-
bracht worden sei. Separatistische Bestrebungen würden von
der Großindustrie abgelehnt und es sei bedauerlich, daß Herrn
Stinnes unterschoben worden sei, er würde aus privaten Inter-
essen einem Einmarsch nicht mit schloßen Augen entgegenge-
sehen haben. Unschickel der Stellung seiner Freunde zum

Gesamtinteresse der Fragen stimmten sie der Würdigung der
Leistung des Ministers des Auswärtigen zu.

Abg. Schiffer: Es sei unrichtig, irgendwie von einer Re-
vision des Versailler Vertrages zu reden. Unser Rechtsstand-
punkt müsse gegenüber den Einmarschdrohungen mit allem
Nachdruck vertreten werden. Unklar sei die Frage, was unter
Entwaffnung der Sicherheitspolizei zu verstehen sei. An-
knüpfend an die Bemerkungen des Ministers Simons über die
mögliche Beratung in der Frage der Sicherheitspolizei durch
ausländische Sachverständige betont der Redner, daß viel wichtiger
die Mitarbeit aller bei der Bevölkerung angehörenden Perso-
nalitäten im Inlande bei der Entwaffnungsaktion sei. Er
wende sich dabei sowohl nach rechts wie nach links. Hinsichtlich
der psychologischen Beurteilung des Abkommens wies der Red-
ner auf die neueste Rede des französischen Ministerpräsidenten
Millerand hin, in der gerade in Verbindung mit Spa die deut-
lichsten Einmischungsabsichten angedeutet worden seien. Das
müsse mißtrauisch machen. Die Entscheidung eines französischen
Gesandten nach München liegt in der Ausgleichlinie. Durch
unser gestrige Neutralitätsklärung ist die Streitfrage end-
gültig aus der Welt geschafft, ob wir mit Sowjetrußland im
Frieden wollen oder nicht. Nach seiner Meinung hätten wir
uns auch vor der Neutralitätsklärung im Frieden mit Ruß-
land befunden. Die Neutralitätsklärung habe jedoch Konse-
quenzen, die man sorgfältig ins Auge fassen müsse. Gewöhn-
lich werde der Fehler begangen, unsere Stellung im Verhältnis
zu den anderen als wichtiger anzusehen, als sie von den anderen
eingeschätzt wird. Ueber die tatsächliche Rolle, die wir gegen-
wärtig spielen, müsse man sich klar sein und es werde vielleicht
Gelegenheit sein, das Abkommen von Spa auch unter diesem
Gesichtspunkt zu betrachten.

Abg. Dr. Pfeiffer schließt sich in mehreren Punkten den
Ausführungen des Vortraders an.

Das Vorrücken der Volkshewisten im Reichstagsauschuss.

Berlin, 21. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichs-
tagauschusses für auswärtige Angelegenheiten besprach der so-
zialdemokratische Abgeordnete Bernstein das Vorrücken der
Volkshewisten in Polen und wies auf die Möglichkeit hin, daß,
wenn der Krieg zwischen Rußland und Polen zu Ende gegange-
nen sei, für die demobilisierten oder sonst sich auflösenden
Truppen entsprechend zu sorgen, sich ähnlich, wie dies im Vol-
stium geschehen sei, marodierende Banden bilden, die dann auch
die Sicherheit unserer eigenen deutschen Grenzbevölkerung ge-
fährden könnten. Diese Bevölkerung müsse daher rechtzeitig ge-
schützt werden. Der Minister des Inneren, Dr. Simons, er-
widerte, daß in der Tat die bolschewistische Armee nur wenige
Tage von der deutschen Grenze entfernt sei. Deutschland
habe seine volle Neutralität in dem russisch-polnischen Kriege
erklärt und für den Schutz der Grenzbevölkerung sorgen die
von Bernstein angeordneten Gefahren seien bereits sorgfältige
Maßnahmen getroffen worden.

Berlin, 22. Juli. Laut „Vorwärts“ wird in der deutschen
Reichsminister Dr. Simons in der gestrigen Sitzung des
Reichstagsauschusses über die Volkshewisten, über die
Reichstagsauschusses berichtete, der Entente mitgeteilt, daß
der militärische Grenzschutz in Ostpreußen durch Ordwehren
verstärkt worden sei. Zugleich betont die Note die Notwendig-
keit, die äußeren Grenzen der Abstimmungsgebiete durch deut-
sche Truppen schützen zu lassen, da diese neutral sind, während
die Franzosen, die im Krieg mit Rußland stehen, die russischen
Truppen angreifen und damit den Krieg auf deutschen Boden
tragen würden.

Das Gericht über die Märzorgänge.

Berlin, 21. Juli. Der unter dem Volsch des Staatsse-
kretärs Stod arbeitende und vorläufig zusammengesetzte Un-
tersuchungsausschuss im Reichswehrministerium für die Prü-
fung des Verhaltens der Offiziere während der Märzorgänge
hat die Untersuchung gegen die Marineoffiziere abgeschlossen.
Insgesamt wurden 230 Offiziere beschuldigt. Der Aus-
schuss hat die Fälle folgendermaßen abgeschlossen: 1.) Bei fünf Fällen
Beratung, 2.) bei 13 Fällen Dienstentlassung, 3.) bei 81 Fäl-
len Verurteilung, 4.) bei 11 Fällen Verlegung, 5.) bei 23 Fäl-
len Umkommandierung, 6.) bei 12 Fällen Disziplinarunter-
suchung, 7.) bei 120 Fällen ist beantragt worden, nichts zu un-
ternehmen. Bei den unter 1. bis 4. genannten Fällen sind die
Akten sämtlich dem Oberreichsanwalt zur gerichtlichen Klar-
stellung und zur eventuellen Aburteilung übergeben worden.
Außerdem wurden in weiteren 30 Fällen der Fischen 5 bis 7
die Akten aus den gleichen Gründen dem Oberreichsanwalt
überwiesen.

Beim Kronprinzen.

Der Kronprinz empfing in Bietingen einen Vertreter
der „Chicago Tribune“ und erklärte diesem: Niemand sucht
mich auf und ich verlange auch nicht, daß man mich besuche;
ich bin zu unglücklich und die Reise zu mir ist zu beschwerlich.
Ich bin nun seit bald 6 Jahren nicht in meinem Land gewesen,
4 Jahre während des Krieges und 2 Jahre während des Waf-
senstillstandes. Ich kenne kaum noch meine Kinder und auch
meine drei Vetter, die kürzlich mit meiner Frau hierher ge-
kommen waren, haben mich nicht wieder erkannt. Wie der
Korrespondent beifügt, ist der Kronprinz völlig ergaunt.
Der Kronprinz äußerte sich, daß es gegen seine Würde ver-
stoße, aus Holland zu fliehen, zumal er sich völlig ungeschuldig
fühle. Er sei überzeugt, daß ihm die Freiheit in einiger Zeit
wiedergegeben werde, und zwar mit Zustimmung der Entente.
Uebrigens hätte er niemals sein Christwort gegeben, nicht zu
entfliehen, das sei von ihm auch nicht verlangt worden. Er
werde in Holland nicht überleben, sondern stehe unter dem
Schutz des Bürgermeisters Beerboom.

Lloyd George über Spa.

Im englischen Unterhaus führte Lloyd George über die
Konferenz in Spa u. a. aus, die Konferenz habe den Deutschen
die Möglichkeit gegeben, mit den Alliierten in einer ruhigeren
Atmosphäre und einer auf beiden Seiten etwas zugänglicheren
Stimmung zusammenzukommen. Er habe den Eindruck, daß
der deutsche Reichskanzler und Dr. Simons zwei vollkommen
ehrenhafte und aufrichtige Männer seien. Sie seien Leute, die
ihre Besten tun würden, um den Friedensvertrag auszuführen.
In Spa seien für jedes einzelne Land wertvolle Ergebnisse er-
zielt und die Einigkeit der Alliierten gestärkt worden. Es sei
erwiesen, daß die Deutschen sich mit dem Problem der Entschä-
digung abgemüht hätten und große Anstrengungen machten,
um damit vorwärts zu kommen. Lloyd George betonte, daß
Pläne zur Beschaffung von Geldmitteln aufgestellt worden
seien, um Deutschland in den Stand zu setzen, die Zahlungen
zu leisten. Ein Versuch, sich eingegangenen Verpflichtungen zu
entziehen, sei nicht wahrzunehmen.



Kommunalverband Neuenbürg.
Betreff: Höchstpreise für
Frühlkartoffeln.

Nach einer Anordnung der Württ. Landeskartoffelstelle ist der Erzeugerpreis für Frühlkartoffel mit Wirkung vom 22. Juli ds. Jrs. ab auf 25 Mark pro Zentner festgesetzt worden.

Den 21. Juli 1920. Reg.-Assessor Rilling, A.B.

Grundstücks-Verkauf.

Die Erben der verstorbenen Jakob Buchter, Straßenswarts Witwe in Arnbach verkaufen im Wege der freiwilligen Versteigerung am

Freitag, den 23. Juli 1920, nachmittags 6 Uhr,
 auf dem Rathaus in Arnbach

folgende Grundstücke:

- a) Markung Arnbach:
 Parz. Nr. 748: 8 a 36 qm Acker in Baueräckern,
 Parz. Nr. 750: 8 a 73 qm Acker daselbst.
- b) Markung Ottenhausen:
 Parz. Nr. 2505: 6 a 34 qm Acker, Oede u. Weg im Haderberg,
 " " 2514: 6 a 52 qm Acker und Weg daselbst,
 " " 2506: 6 a 50 qm Acker, Oede und Weg daselbst,
 " " 2507: 6 a 44 qm Acker, Oede und Weg daselbst.
- c) Markung Gräfenhausen:
 Parz. Nr. 6545: 7 a 15 qm Baumacker im Laiterbusch.
 Liebhaber sind eingeladen.

Arnbach, den 20. Juli 1920.
 Ratschreiber Lenz.

Sämtliche Schlossermeister
des Bezirks Neuenbürg

werden zu einer wichtigen Besprechung über Berufsfragen auf **Sonntag, den 25. Juli, nachm. 1/3 Uhr,** in das Gasthaus zur Krone in Neuenbürg eingeladen.

Der belebende Regen

für das Geschäft ist das Inserat, das ihm Käufer und damit Lebenskraft zuführt. Von Wichtigkeit ist jedoch, daß das Inserat richtig abgesetzt ist, und

zur richtigen Zeit

in der richtigen Zeitung erscheint.

Ein Inserat im „Enztäler“, der verbreitetsten Zeitung im Oberamtsbezirk Neuenbürg

hat doppelte Wirkung

Dabe ständig schöne



Läufer Schweine

zu verkaufen, die Tiere haben eine zehntägige Beobachtung durchgemacht und sind oberamtsärztlich untersucht, verkaufe auch an Händler.

Gustav Andreata, Hirsau D.A. Calw.

Neuenbürg.

Kaufe altes Eisen, sowie Metalle

oder Art und Menge, Lumpen und Zelle zu den höchsten Preisen.

Wilh. Wentsch, oberer Sägerweg.

Echtes Pergamentpapier,
Salizyl-Pergament in Rollen,
sowie Pergament-Ersatz

zu haben in der

C. Meck'schen Buchhandlung,
 Inh.: D. Strom.

Rheinische
Creditbank

Aktienkapital und Reserven 113 Millionen Mark.
Niederlassung Ettlingen.

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte. Eröffnung von laufenden Rechnungen mit und ohne Kredit. Vermittlung aller Börsengeschäfte. An- und Verkauf von Wertpapieren, Kupons, fremden Geldsorten, Schecks und Ueberweisungen auf das In- und Ausland. Einzug und Discontierung von Wechseln. Gewissenhafte Beratung in allen Vermögensangelegenheiten.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
 Bei Chr. Mayer kann

Reis

ohne Marken, zu 5 A 25 J für 1 Pfund, abgeholt werden.
 Stadt. Lebensmittelstelle.

Gelernter Säger,
 der im Brennholz sowie im Lattenbinden, Ein- und Ausladen sehr bewandert ist, sucht anderweitige

Stellung.

Zu erfragen in der Enztälergeschäftsstelle.

Fräulein, 28 Jahre alt, ev., aus guter Familie, in allen häuslichen Arbeiten bewandert, ebenso Kochen und Kinderpflege, sucht für Oktober

Stellung

als Stütze oder Kinderfräulein mit Familienanschluss.
 Näheres in der Enztälergeschäftsstelle.

Conweiler.

Knecht-Gesuch.

Kräftiger Langholzfuhmann kann sofort bei hohem Lohn eintreten bei

Kenscher s. „Somme“

Gesucht

junges Mädchen,

das mit allen Hausarbeiten vertraut zu ig. Ehepaar per halb oder später bei guter Verpflegung, Lohn nach Uebereinkunft.

Angebote an die Enztälergeschäftsstelle.

Wildbad.

Suche auf 1. Aug. tüchtiges, auch im Servieren bewandertes

Zimmermädchen.

Angeb. mit Bild an **Karl Meiser,** Fremdenheim Bergrieden.

Für kleinen Haushalt von drei Personen, keine Kinder, perfektes

Mädchen

gesucht, sowohl für Hausarbeit wie Kochen.

Chr. Müller, Pforzheim, Kennfeldstraße Nr. 31.

Fleiß. Mädchen,

nicht unter 20 Jahren für kl. Haushalt sofort oder 1. Aug. bei gutem Lohn und Behandlung gesucht. Näheres bei **Frau Dentist Stephan,** Bernsbach in Baden.

Dobel.

200 Mk. Belohnung

erhält derjenige, welcher uns den gemeinen Schuft namhaft macht, welcher uns in Abt. Marzenlager Rev. Herren als 3 Rente gestohlen hat.
Karl Maulbeisch, Friedrich Wader.

Wir empfehlen zum ständigen Bezug:

Zigaretten

zu Fabrikpreisen von Manoli u. Wallruth u. Co.

Tabake

von Rapp und Sohn (Tabake frei u. franco).

Qualitäts-Zigarren

von A. 550.— an pro Mille.

Ch. Schmid & Sohn, Tabakwarengroßhdlg., Wildbad, Fernruf 85.

Zu bed. herabgesetzten Preisen.

Ganze Schlafzimmer, einzelne Möbel u. Betten, **Federbetten,** Patent- u. Voller-Bettroste, **Metallbetten,** Schränke Tische, Stühle, **Kommoden,**

Polsterfächer, Diplomatenschreibtische, gutes **Frochenholz,** 3 Schubläden links u. rechts 3 Rüge.

Schöttle, An- und Verkauf, Pforzheim, Dillsteinerstr. 18, Telefon 2165.



Herrn

decken ihren Bedarf in hygienischen Artikeln, Gummiwaren, Spritzen, Suspensorien in der Sanitäts-Abteilung der Med.-Drogerie **Hühneiner, Pforzheim.** Nur Herren-Bedienung!

Bei Rheumatismus, Gicht, Gliederreihen, Steifheit der Gelenke, Gliederlähmung gebrauche man Dr. J. S. Rosenstengel'sches als Einreibungs- u. Massage-mittel seit altersher angewandt. Flasche A 7,50, Versand **Grüne Apotheke Erfurt 721.**

Gummiwaren

Spülapparate, Frauentropfen und Frauenartikel, ähnliche **Frauenartikel.** Anträgen erbeten Sanitätskammer **Neusinger Dresden 107, am See 37.**

Wittenberge-Neuenbürg.

Heute entschlief unerwartet mein lieber Bruder

Wilhelm Loos,
 Gärtnereibesitzer.

In tiefer Trauer:
Emma Loos.

Statt Karten.

Hilda Karcher
Franz Beckmann

Verlobte

Conweiler

Duisburg

Juli 1920.

Bernbach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag, den 25. Juli 1920

stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus z. „grünen Baum“ in Bernbach freumblichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegennehmen zu wollen.

August Gröner,

Sohn des Wilhelm Gröner, Holzhauers u. Ringenpflegers in Bernbach.

Marie Kull,

Tochter des Karl Kull, Schultheiß in Bernbach.
 Rückgang 1 Uhr.

Himbeeren

kauf jedes Quantum. Gefäße können gestellt werden.

Christian Ruenzlen,

erste württ. Fruchtastpresserei und Obstkonservefabrik mit Dampftrieb **Sulzbach a. d. Murr.**

Ehrenbürgerbriefe u. Urkunden

für alle Zwecke.

Ehren-Diplome

für militärische Vereine, Feuerwehren, Radfahrer-, Schützen-, Turn- und Sportvereine, Landwirtschaftliche Vereine, Garten- u. Obstbau-Vereine, Geflügel-, Kaninchen- und Bienenzucht-Vereine usw.

liefert in künstlerischer Ausführung mit Zerglindruck

C. Meck'sche Buchdruckerei,

Inh. D. Strom.

Reiche Musterauswahl sofort zur Verfügung.

Künftliche Kurse

mitgeteilt von der Bankfirma Saer & Oelend, Karlsruhe i. B.

5 Proz. Kriegsanleihe	79 1/2	Allgem. Gl. Kl.	114
4 " " "	80 1/2	Palastbau	187
4 " " "	81	Roedd. Lloyd Kl.	173
4 " " "	82 1/2	Wälder Kl.	450
4 " " "	83 1/2	Bad. Anilin u. Soda Kl.	474
4 " " "	84	Deutsche Kal.-Kl.	494
		Deutsche Reichsbank	100
		Franken	100
		Holländ.	100